

Die österreichische Sozialversicherung im Jahre 1974

1974 wurde die längerfristige Tendenz zur Verringerung der Sozialquote in Österreich unterbrochen. Der Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Nationalprodukt stabilisierte sich, teilweise deshalb, weil es durch zusätzliche Pensionserhöhungen gelang, die Steigerung der Pensionseinkommen an jene der Aktiven heranzuführen.

Für die Soziale Sicherheit¹⁾ wurden 1974 insgesamt 106,0 Mrd. S ausgegeben, um 15,5 Mrd. S oder 17,2% mehr als 1973. Damit hat sich der nominelle Ausgabenzuwachs im Vergleich zum vorangegangenen Jahr erheblich beschleunigt. Schwerpunkt der Steigerung lag im Bereich der Sozialversicherung im engeren Sinne, die ihren Aufwand um 11,5 Mrd. S oder 19,0% erhöhte. Wie in den vergangenen Jahren expandierte die Pensionsversicherung am kräftigsten. Vor allem die Ausgaben für Selbständigenpensionen nahmen um fast ein Viertel zu (+23,0%). Dazu trug sowohl die rasche Zunahme der Pensionistenzahl wie Leistungsverbesserungen bei. Im Bereich der Unselbständigen betrug der Zuwachs 16,3%.

sich der Aufwand von 1 173 Mill. S auf 1 945 Mill. S (+65,8%).

Die übrigen Transferausgaben blieben demgegenüber zurück; Im Rahmen des *Familienlastenausgleiches* gab es infolge Leistungsverbesserungen eine Steigerung von 10,7 Mrd. S auf 11,9 Mrd. S (+11,1%). Auch der Aufwand für *Ruhe- und Versorgungsgenüsse der öffentlichen Hand* (12,9 Mrd. S; +12,5%) sowie die Pensionen der *Länder und Gemeinden* (7,2 Mrd. S; +9,9%) nahmen unterdurchschnittlich zu.

Stabile Sozialquote

Nach vorläufigen Berechnungen ist das nominelle Brutto-Nationalprodukt 1974 um 15,7% gewachsen, also geringfügig schwächer als der Aufwand für Soziale Sicherheit. Damit wurde der seit 1969 feststellbare Trend einer fallenden Sozialquote unterbrochen. Der Anteil der Ausgaben für Soziale Sicherheit am Brutto-Nationalprodukt stieg geringfügig auf 17,2%.

Übersicht 1

Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger

	Krankenversicherung ¹⁾		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der				Gesamtausgaben der Sozialversicherung ²⁾	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Unselbständigen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Selbständigen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1970	11 881	+ 8,9	2 067	+ 7,8	27 201	+ 8,2	3 224	+19,3	42 321	+ 9,2
1971	13 190	+11,0	2 226	+ 7,7	30 499	+12,1	4 389	+36,2	47 962	+13,3
1972	14 702	+11,5	2 434	+ 9,3	33 979	+11,4	5 491	+25,1	53 990	+12,6
1973	16 487	+12,1	2 831	+16,3	37 679	+10,9	6 340	+15,5	60 525	+12,1
1974 ³⁾	20 195	+22,5	3 213	+13,5	43 823	+16,3	7 795	+23,0	72 025 ⁴⁾	+19,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Einschließlich der gewerblichen Selbständigen- und der Bauernkrankenversicherung — ²⁾ Die Gesamtausgaben ergeben nicht die Summe der Ausgaben durch die einzelnen Versicherungsträger, weil die Transferzahlungen unter diesen berücksichtigt sind — ³⁾ Vorläufige Zahlen — ⁴⁾ Schätzung

Überdurchschnittlich stieg auch der Aufwand der Krankenversicherung (+22,5%), weil 1973 der vertraglose Zustand mit den Zahnärzten „Ersparnisse“ gebracht hatte, die wieder durch „normale“ Ausgaben kompensiert wurden. Weiters entstanden durch die Gesundenuntersuchung zusätzliche Kosten. Dagegen steigerte die Unfallversicherung ihre Ausgaben schwächer (+13,5%) als 1973.

Außergewöhnlich kräftig nahmen auch die Ausgaben für die *Arbeitslosenversicherung* zu. Vor allem infolge Anhebung des Karenzurlaubsgeldes erhöhte

Übersicht 2

Ausgaben für Soziale Sicherheit in Prozent des Brutto-Nationalproduktes

	Ausgaben für Soziale Sicherheit		Brutto-Nationalprodukt (nominell)		Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des Brutto-Nationalproduktes
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1968	53 618	+10,4	302 762	+ 6,9	17,7
1969	58 929	+ 9,9	331 728	+ 9,6	17,8
1970	63 678	+ 8,1	371 236	+11,9	17,2
1971	71 827	+12,8	412 701	+11,2	17,4
1972	80 694	+12,3	469 405	+13,7	17,2
1973	90 432	+12,1	533 274	+13,6	17,0
1974 ³⁾	105 977	+17,2	616 840	+15,7	17,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Ohne Kriegsoferversorgung, Opferfürsorge und allgemeine Fürsorge — ²⁾ Vorläufige Zahlen

¹⁾ Ohne Kriegsoferversorgung, Opferfürsorge und allgemeine Fürsorge

Dafür waren demographische, ökonomische und institutionelle Gründe, vor allem in der Pensionsversicherung, maßgebend. Der stürmische Beschäftigtenzuwachs hat sich 1974 verlangsamt. So stieg die Zahl der pensionsversicherten Unselbständigen um 28.500 gegen 85.400 im Vorjahr. Die Zunahme der Pensionsbezieher um 12.800 entsprach dagegen der längerfristigen Entwicklung. Damit hat sich die Relation von Aktiven zu Empfängern von Transfereinkommen in diesem Bereich im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht mehr zugunsten der Aktiven verschoben, so daß von dort her keine weitere Entlastung erfolgte, um so weniger, als die Zahl der Selbständigenpensionen unverändert stieg

Übersicht 3
Pensionsbezieher je Pensionsversicherte

	Pensionsversicherung der Unselbständigen Selbständigen		Pensions- versicherung insgesamt
	Pensionsbezieher je 100 Pensionsversicherte		
1970	47,7	53,4	48,7
1971	47,3	56,2	48,8
1972	46,9	62,0	49,3
1973	45,7	65,5	48,8
1974	45,7	69,0	49,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

In der proportionalen Entwicklung der Zunahme von Erwerbstätigen und Pensionen spiegelt sich auch der ökonomische Einfluß, weil die Verlangsamung des realen Wirtschaftswachstums im abgelaufenen Jahr (von 5,8% auf 4,5%) auch die Expansion der Erwerbstätigkeit bremste, insbesondere stagnierte die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte.

Überdies verhinderte die wirtschaftliche Entwicklung auch 1974, daß die durchschnittliche Leistung aus der Pensionsversicherung mit der Entwicklung der Aktiveinkommen gleichzog. Wohl wurden die Pensionen, außer der Erhöhung auf Grund des Anpassungsfaktor von 10,4%, ab 1. Juli 1974 zusätzlich um 3% angehoben. Damit ergab sich aber nur eine Normerhöhung der Pensionen von insgesamt 11,9%, die hinter der Zunahme der durchschnittlichen Unselbständigeneinkommen noch merklich zurückblieb.

Die Ursache dafür liegt, wie schon in früheren Berichten mehrfach erläutert wurde, darin, daß die Pensionsdynamik antizyklisch konzipiert ist: Der Anpassungsfaktor erfaßt die Entwicklung der Aktiveinkommen mit einer gewissen Verspätung und wurde unter der Annahme konstruiert, daß die Pensionen in der Aufschwungphase den Leistungseinkommen nachhinken, sie im Abschwung aber überholen, so daß sich über den Zyklus die Einkommenssteigerungen ausgleichen. In Perioden einer längerfristigen

Beschleunigung der Inflation kann dieses System die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen, weil die Nominaleinkommenssteigerung nicht zurückgeht.

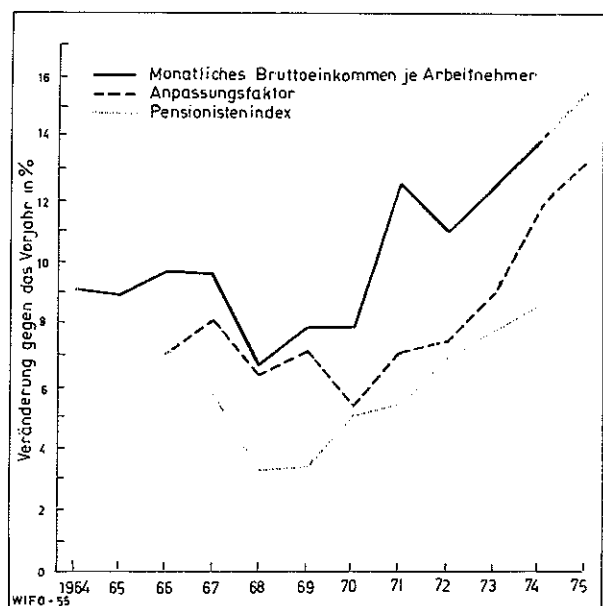
Zusätzliche Pensionserhöhung

Aus dieser Entwicklung allein hätte sich für 1974 eine Differenz in der Größenordnung von etwa 2 Prozentpunkten ergeben. Die tatsächliche Differenz zwischen Anpassungsfaktor und Steigerung der Leistungseinkommen betrug 3,6%. Durch die gesetzliche Pensionserhöhung ab 1. Juli 1974 um 3% wurde sie allerdings — und damit war auch ein institutioneller Einfluß wirksam — im Jahresdurchschnitt wieder auf 2,1% verringert.

Da für 1. Juli 1975 gleichfalls eine außertourliche Steigerung vorgesehen ist, werden sich die Pensionen im Jahresdurchschnitt 1975 um insgesamt 13,2% erhöhen (Anpassungsfaktor 10,2% und 3% zusätzliche Erhöhung).

Eine längerfristige volle Angleichung der Pensionen an die Aktiveinkommen wird allerdings auch vom Gesetzgeber nicht angestrebt, weil die Steigerungen, die durch Struktureffekte hervorgerufen werden (Verschiebung der Berufstätigenstruktur zu höher bezahlten Beschäftigungen), für die Pensionsanpassung nicht zu berücksichtigen sind.

Abbildung 1
Veränderung des Anpassungsfaktors, des Unselbständigeneinkommens und des Pensionistenindex



Neben dem — erhöhten — Anpassungsfaktor bewirkten noch weitere institutionelle, aber auch strukturelle Einflüsse eine Steigerung der Pro-Kopf-

Ausgaben in der Pensionsversicherung. So wurden die Ausgleichszulagen stärker erhöht und auch die neu anfallenden Pensionen übersteigen infolge längerer Versicherungsdauer den Durchschnitt beträchtlich. Ferner wurden Ruhensbestimmungen für Witwenpensionen aufgehoben. In die gleiche Richtung wirkt überdies der weiterhin leicht sinkende Anteil der Frühpensionen in der Unselbständigenversicherung (von 11,6% 1973 auf 11,3% 1974).

Wenn es in den nächsten Jahren gelingen sollte, die Preissteigerungen und damit auch jene der Nominaleinkommen zu dämpfen, würde der antizyklische Effekt der Pensionsdynamik wirksam werden und die Pensionseinkommen rascher steigern als jene der Aktiven. Damit könnte auch der auf demographischen Einflüssen beruhende Trend zu einer abnehmenden Sozialquote über einige Zeit hin abgeschwächt werden.

Übersicht 4

Anpassungsfaktor und Veränderung der Unselbständigen-einkommen

	Anpassungsfaktor in %	Jährliche Veränderungsrate des monatlichen Brutto-Einkommens je Arbeitnehmer
1970	+ 5,4	+ 7,8
1971	+ 7,1	+ 12,3
1972	+ 7,4	+ 11,0
1973	+ 9,0	+ 12,8
1974	+ 11,9 ¹⁾	+ 14,0
1975	+ 13,2 ²⁾	+ 15,5 ³⁾

¹⁾ Richtsatz 10,4% ab 1. Juli zusätzlich 3% Pensionserhöhung. — ²⁾ Richtsatz 10,2% ab 1. Juli zusätzlich 3% Pensionserhöhung. — ³⁾ Prognose.

Die Ausgabenexpansion hat die Gebarung der Sozialversicherungsträger etwas verschlechtert. Besonders in der Krankenversicherung verringerte sich der Einnahmenüberschuß von 5,9% der Ausgaben auf 1,1%. Der Gebarungssaldo der übrigen Institutsgruppen änderte sich nur wenig, doch schlug sich die Ausgabensteigerung in einer stärkeren Inanspruchnahme des Bundes nieder. Der Bundeszuschuß wuchs, nachdem er 1973 nahezu unverändert geblieben war um 19,2% und erreichte wieder 27,4% der Pensionsausgaben.

Übersicht 5
Die Gebarung der österreichischen Sozialversicherung im Jahre 1974²⁾

Versicherungszweig bzw. -träger	Ein- nahmen	Aus- gaben Mill. S	Saldo
Krankenversicherung	20 415,5	20 195,5	+ 220,0
Gebietskrankenkassen	15 078,6	14 995,2	+ 83,3
Betriebskrankenkassen	373,3	364,2	+ 9,2
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	266,5	250,6	+ 15,9
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	1 072,1	1 044,5	+ 27,6
Versicherungsanstalt öffentlicher Bediensteter	1 721,3	1 660,6	+ 60,7
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	923,5	923,4	+ 0,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	980,2	956,9	+ 23,3
Unfallversicherung	3 409,3	3 212,6	+ 196,7
Pensionsversicherung der Unselbständigen	45 436,7	43 822,7	+ 1 614,0
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	27 788,3	27 555,8	+ 232,5
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	531,3	546,0	+ 5,2
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	15 580,2	14 216,7	+ 1 363,5
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	1 516,9	1 504,2	+ 12,8
Pensionsversicherung der Selbständigen	7 858,0	7 795,4	+ 62,6
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	4 296,5	4 263,0	+ 33,5
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	3 523,3	3 499,2	+ 24,1
Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates	38,2	33,3	+ 4,9
Sozialversicherung insgesamt	77 119,5	75 026,2	+ 2 093,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. — ¹⁾ Vorläufige Gebarungsergebnisse.

Übersicht 6

Anteil der Bundeszuschüsse am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung¹⁾

	Gesamtaufwand		Bundeszuschuß ²⁾		Bundes- zuschuß in % des Gesamt- aufwandes
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1970	30 425	+ 9,3	9 613	+ 19,0	31,6
1971	34 888	+ 14,7	10 032	+ 4,4	28,8
1972	39 470	+ 13,1	11 457	+ 14,2	29,0
1973	44 019	+ 11,5	11 849	+ 3,4	26,9
1974 ³⁾	51 618	+ 17,3	14 128	+ 19,2	27,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesrechnungsabschluß. — ¹⁾ Pensionsversicherung der Selbständigen und Unselbständigen. — ²⁾ Ohne Überweisung (gemäß § 27 GSPVG) aus der Gewerbesteuer. — ³⁾ Vorläufige Zahlen.

Felix Butschek